

Avanti

2

Theoriebeilage:
Hundert Jahre
Novemberrevolutio
n in Mannheim.

ISO Rhein-Neckar



Proteste der Gelbwesten in Paris.

Copyright Foto: Martin Noda.

„Gelbwesten“ – Widerstand ist machbar

O. G.

Die massiven Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich halten an. Demonstrationen und Blockaden finden im ganzen Land statt. Auslöser war die von der Regierung angekündigte Erhöhung der Kraftstoffsteuern aus „ökologischen“ Gründen. Die Ursache ist jedoch eine tiefsitzende Wut der „da unten“ über soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Die Arroganz der „da oben“ tut ein Übriges.

Trotz massiver staatlicher Repression wird die

Bewegung breiter. Gewerkschaften, Linke (darunter unsere GenossInnen der NPA), SchülerInnen und Studierende überlassen die Straße nicht rechten und faschistischen Gruppierungen.

In Mannheim und anderswo müssen wir die Versuche von Nazis stoppen, den sozialen Aufstand in Frankreich zu vereinnahmen. Widerstand gegen neoliberalen Kapitalismus und gegen Neonazis ist auch hierzulande machbar! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

Gesundheit sollte eigentlich ein zentrales gesellschaftliches Anliegen sein. Im Kapitalismus – zumal in seiner neoliberalen Ausprägung – ist sie jedoch zu einer Ware verkommen.

Die Situation der im Pflegebereich tätigen KollegInnen hat sich unter der Diktatur der Zahlen massiv verschlechtert.

Leidtragende dieser von Kapital und Politik gesteuerten Entwicklung sind nicht zuletzt auch die kranken und alten Menschen.

In der letzten Zeit beginnt sich endlich eine Bewegung ge-

gen diese unhaltbaren Zustände stärker zu formieren und zu vernetzen. Wir berichten darüber.

Aktuelle Entwicklungen in Mannheimer Betrieben sind ein weiteres Thema dieser Ausgabe.

Zudem befassen wir uns erneut in einer Theoriebeilage mit der Novemberrevolution und setzen unsere Reihe „Marx 200“ fort.

Wir wünschen Euch zum Jahresende Tage ohne Hektik und Stress, ausreichend Zeit zum Kraft schöpfen und einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Eure Redaktion

INHALT

TITEL	NOVEMBERREVOLUTION
01 „GELBWESTEN“ Widerstand von unten?	06 ANNÄHERUNG Kiel-Berlin-Mannheim
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 SEMINAR Revolution ohne Chance?
02 GESUNDHEIT Mehr wert als Profite!	07 SPURENSUCHE Klassenkampf im Schloss
03 GESUNDHEIT Keine Ware?	RÜCKBLENDE / TERMINE
04 METALLBETRIEBE Angriffe des Kapitals	08 1. NOVEMBER 2018 Nazi-Verbrechen ein „Vogelschiss“?
MARX 200	08 TERMINE
05 TECHNOLOGIE Keine Neutralität?	THEORIEBEILAGE Hundert Jahre Novemberrevolution in Mannheim

Unsere Gesundheit – mehr wert als Ihre Profite!

M. G.

In den Kliniken hierzulande fehlen laut Gewerkschaft ver.di 162.000 Beschäftigte. Allein in der Pflege müssten 70.000 Stellen besetzt werden.

Aufgrund dieser massiven Personalnot gibt es spürbare Probleme. Zum einen durch die Überlastung der KollegInnen vor allem in der Pflege, zum anderen in der schlechteren Versorgung der PatientInnen in Krankenhäusern. Nicht mehr der kranke Mensch und seine Behandlung stehen im Mittelpunkt, sondern die gewinnbringende Abrechnung der „Fälle“.

Zum Glück wehren sich immer mehr Beschäftigte mit ihren Betriebsräten und Gewerkschaften gegen diese unhaltbaren Zustände. Seit 2017 gibt es verstärkt Arbeitskämpfe im Pflegebereich. Diese zeigen Wirkung – aber bisher leider nur in sehr begrenztem Umfang.

Noch fehlt eine stärkere gewerkschaftliche Bewegung in den Kliniken selbst, die in der gesamten Republik spürbar wird. Es bedarf aber zudem auch eines breiten gesellschaftlichen Kampfes. Er kann die notwendige Solidarität organisieren, und er kann den für einen grundlegenden Wandel erforderlichen politischen Druck erzeugen.

Pflege ist kein Tummelplatz für Profiteure. Sie ist eine elementare gesellschaftliche Aufgabe. Die Zeit ist reif, dafür gemeinsam zu streiten! ■

„Gesundheit als Ware ... Wie krank ist das denn?“

T. S.

So hieß die Veranstaltung am 20. November 2018 im Mannheimer Gewerkschaftshaus. Sie war vom Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen Rhein-Neckar organisiert und von DGB, ver.di und Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar unterstützt worden.

Rund 60 BesucherInnen mussten ihr Kommen nicht bereuen. Der Vortrag von Dr. Nadja Rakowitz (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte) führte fundiert in das Thema des Abends ein. Drei kurze ergänzende Erfahrungsberichte aus der Welt der Pflege erleichterten das Verständnis der komplexen Materie.

Nadja Rakowitz legte auf informative Weise dar, wie unsere Gesundheit für Profitinteressen aufs Spiel gesetzt wird und was wir dagegen tun können.

Beginnend mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft ab den 1970er Jahren sei – insbesondere nach 1990 in den neuen Bundesländern – eine Privatisierungswelle losgetreten worden. Durch die Agenda-Politik der „rot-grünen“ Bundesregierung und der nachfolgenden Kabinette, so Rakowitz, seien vor allem die Profitinteressen von Konzernen bedient worden. Im Gesundheitswesen und speziell im Krankenhausbereich habe dies zu einer massiven Verschlechterung der Situation geführt.

Die Einführung des „DRG-Systems“ (System Diagnosebezogener Fallgruppen) in den Krankenhäusern habe zu Abrechnungen geführt, die in keiner Weise mehr die Realität abbilden würden. Dieses Klassifikationssystem für ein pauschaliertes Abrechnungsverfahren ordnet „Krankenhausfälle“ (PatientInnen) aufgrund medizinischer Daten „Fallgruppen“ zu. Der systematisch organisierte Kostendruck würde dazu führen, dass sich zur Heilung erforderliche Behandlungen nicht mehr „lohnen“. Die Kosten der Krankenhäuser würden nämlich von den Krankenkassen oft nicht mehr in vollem Umfang übernommen.

Deshalb würden die Krankenhäuser ihrerseits zum Beispiel überdurchschnittlich viele Operationen befürworten. Diese sind zu einem großen Teil unnötig oder sogar riskant. Dennoch würden sie – obwohl meistens teurer – von den Krankenkassen kostenmäßig übernommen. Das Nachsehen dabei hätten meistens die PatientInnen. Die ihnen zugemuteten Behandlungen würden sogar viel zu oft eher krankheitsfördernd wirken. Eine PatientIn mehr pro Pflegekraft (7 statt 6 PatientInnen) erhöht das Sterberisiko. Laut einer

internationalen Untersuchung (Aiken 2014) steigt dann die Rate der Todesfälle im Krankenhaus selbst und bis 30 Tage nach der Entlassung um 7 %.

Profite vor Menschen?

Rakowitz zufolge ist es vor allem die Profitorientierung, die auch die Personalpolitik im Pflegebereich bestimme. So kämen in Deutschland auf eine Pflegekraft 13 PatientInnen. In den meisten EU-Ländern sehe es weniger schlecht aus. In Norwegen seien es zum Beispiel nur 5,4 und selbst in Griechenland 10,2 PatientInnen pro Pflegekraft. Dieser unhaltbare Zustand führe zu unzumutbaren Belastungen sowohl für die PatientInnen als auch für die Pflegekräfte. Deshalb sei es seit langem extrem schwierig, neue Pflegekräfte zu gewinnen. Dies liege nicht nur an der hohen arbeitsbedingten Belastung, sondern auch an der geringen Bezahlung dieser Berufsgruppe. Hier sieht Rakowitz einen sofortigen Handlungsbedarf.

In dem jetzt von Gesundheitsminister Spahn vorgelegten „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ sei eine Refinanzierung von Tarifsteigerungen im Krankenhaus mit nachweispflichtigen Wirksamkeitskontrollen verbunden. Die Pflegepersonalkosten würden besser und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden. Für die Krankenhäuser werde ab 2020 jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert.

Problematisch sei aber, dass diese Regelung nur für die Pflege gelten solle und nicht für alle im Krankenhaus tätigen KollegInnen.

Probleme gäbe es auch bei der Bemessung der Personaluntergrenze durch die „Personaluntergrenzen-Verordnung“. Maßstab müsse stattdessen der Anspruch sowohl der PatientInnen auf eine qualitativ hochwertige Versorgung als auch der Beschäftigten auf einen wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz sein.

Was tun?

Nadja Rakowitz schlug folgende Perspektiven für den Kampf um ein Gesundheitswesen vor, das den PatientInnen und nicht der Profitmaximierung dient:

- Herausnahme aller Berufsgruppen in den Krankenhäusern aus dem „DRG-System“.
- Einbeziehung von mehr Krankenhausbelegschaften in die Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag Entlastung.
- Durchführung von Volksbegehren zum Gesundheitssystem möglichst in allen Bundesländern.
- Durchsetzung einer gesetzlichen Personalbemessung, die eine qualitativ hochwertige Versorgung durch gut ausgebildete und gut bezahlte Pflegekräfte gewährleistet.
- Verhinderung der Repauschalisierung von Pflegekosten.
- Für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Selbstkostendeckung.
- Gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten zur Wiederherstellung einer öffentlichen „Daseinsvorsorge“ im Gesundheitsbereich.

In diesem Sinne sollen jetzt auch in der Region Rhein-Neckar gemeinsame Aktivitäten gegen den Pflegenotstand verstärkt werden. ■



Die jüngsten Beteiligten am Warnstreik des Uniklinikums Heidelberg, 25. Januar 2018.

Rauer Wind

Caterpillar, GE, ABB

H. N.

Die bedrohlichen Entwicklungen in der Mannheimer Metall- und Elektroindustrie nehmen kein Ende. Nach dem seit Jahren andauernden Abbau bei GE/Alstom geht nun auch bei Caterpillar Energy Solutions (Cat) das Management in die Offensive.

Vereinbarungen zur Sicherung der Arbeitsplätze haben bei Cat, den früheren Motorenwerken Mannheim – MWM, eine lange Tradition. Seit 2007 hatten IG Metall und Gesamtbetriebsrat von dem Unternehmen ununterbrochen Standort- und Beschäftigungsgarantien erhalten. Diese beruhten, wie noch 2014 verkündet wurde, auf der Grundlage „einer vertrauensvollen Zusammenarbeit“. Als Gegenleistung für die Vereinbarungen wurden Zugeständnisse in puncto „Flexibilität“ der Belegschaft gemacht. Überstunden und Wochenendarbeit insbesondere in der Produktion waren und sind immer noch sehr verbreitet.

Cat verweigert Standortsicherung

Die aktuellen Geschäftszahlen des Unternehmens sind positiv. Dennoch weht auch bei Caterpillar Deutschland mit rund 1.100 Beschäftigten, davon etwa 920 im Mannheimer Werk, ein zunehmend rauerer Wind. Die Verhandlungen über die zum Ende des Jahres auslaufende Standortvereinbarung sind im November gescheitert. Laut örtlicher Cat-Geschäftsleitung gab es von der US-Konzernleitung kein grünes Licht, obwohl eine Einigung möglich greifbar schien.

Die Mannheimer IG Metall sprach daraufhin von einem „Schlag ins Gesicht der Beschäftigten bei Caterpillar“. Der Betriebsrat nannte das Verhalten des Managements „unerklärlich“. In der Belegschaft von Cat gibt es allerdings nicht erst seit heute die Befürchtung, dass der Konzern verstärkt Arbeit nach China verlagern will.

Die Beschäftigten wurden am 7. November in einer Belegschaftsversammlung informiert.

GE – weitere Arbeitsplatzvernichtung

Bei einem anderen Mannheimer Traditionsunternehmen sieht es mittlerweile sehr finster aus. Nach der Schließung der Fabrik und dem Abbau von über 1.000 Arbeits- und Ausbildungsplätzen führt General Electric (GE) seinen Krieg gegen die Beschäftigten, den Betriebsrat und die gewerkschaftliche Organisation fort. Rund dreihundert weitere Stellen sollen nach dem Willen des Managements vernichtet werden.

Erstmals seit langer Zeit gab es dagegen wieder öffentlichen Protest. Nach der am 13. November 2018 unterbrochenen Betriebsversammlung fand am Tor 6 eine Kundgebung mit 300 KollegInnen statt. Dort kritisierten IG Metall und Konzernbetriebsrat Ziele und Methoden des GE-Managements mit harten Worten.

Am 26. November wurde die Betriebsversammlung fortgesetzt – und vom GE-Management boykottiert. Als Grund für ihr Fernbleiben nannte die Geschäftsleitung die Kritik des Mannheimer IGM-Bevollmächtigten am Verhalten von GE-Managern.

Der Streit um die Bedingungen eines erneuten Sozialplans ist

jedenfalls nicht beendet. Allerdings hat die Taktik von GE den Druck auf Betriebsrat und Belegschaft noch mehr verstärkt – und die „Kosten“ zusätzlich gesenkt. Rund 100 weitere KollegInnen haben nämlich mittlerweile „freiwillig“ die Firma verlassen.

ABBau stop?

Auch auf der anderen Straßenseite der B 38 droht in Käfertal weiterer Arbeitsplatzabbau. Asea Brown Boveri (ABB) will auf Druck von „aktiven Finanzinvestoren“ seine Sparte Power Grids (Leistungen und Produkte für Stromerzeugung, -übertragung und -verteilung) verkaufen. Das würde nach Angaben des Konzernbetriebsrats ABB in Mannheim massiv treffen. Fast jede zweite der dort angesiedelten rund 2.000 Stellen sei dieser Sparte zuzurechnen.

Die Methoden der Kapitalisten gleichen sich immer mehr an. Deshalb ist auch die Zerschlagung von Unternehmen aus Gründen einer beschleunigten Profitmaximierung groß in Mode.

Wenn Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften nicht weiter unter die Räder kommen wollen, ist eine strategische Neuaufstellung auf allen Ebenen erforderlich. Dies schließt eine internationale Koordinierung und Organisation ausdrücklich mit ein.

Percy Barnevik, frühere Management-Ikone und Totengräber der Konzernsparte Kraftwerke, forderte seinerzeit in Anspielung auf das *Kommunistische Manifest*, dass die „Proletarier aller Länder“ miteinander konkurrieren müssten.

Ist es nicht höchste Zeit, dass sich die organisierte arbeitende Klasse wieder die Grundkenntnisse eines praktisch wirksamen, solidarischen Widerstands gegen die Verheerungen des globalen Kapitalismus aneignet? ■



Protestkundgebung bei GE Power Mannheim am 13. November 2018.

200 Jahre Karl Marx (Teil IX)

Technologie ist nicht neutral

MANUEL KELLNER

Altbekannt ist die Idee, ein Hammer könne dazu dienen Nägel oder Köpfe einzuschlagen. In ähnlichem Sinne schreibt Karl Marx im ersten Band des *Kapital* zur Maschinerie der modernen Industrie.

„Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw., erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten der Maschinerie beweise haarscharf, dass alle jene handgreiflichen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie, gar nicht vorhanden sind.“ (MEW 23, 465.)

Kapitalistische Despotie

Wenn die für Lohn arbeitenden Menschen in frühkapitalistischer Zeit also zunächst die Maschinen zerschlugen, dann irren sie sich in der Bestimmung ihres Feinds. Für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten zu kämpfen, war dann Ausdruck eines besseren Verständnisses der Gründe ihrer verzweifelten Lage.

Bei Marx und seinem Freund Friedrich Engels gibt es auch genügend Textstellen, die belegen, dass sie die Despotie der modernen Industrie selbst überwinden wollten, zum Beispiel folgende: „Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen sich diese an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.“ „Das Reich der Freiheit“ lag daher für Marx und Engels „jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion“. (MEW 25, 828.)

Zerstörung von Mensch und Natur

Beide schrieben auch immer wieder über die Zerstörung von Wäldern, die Vergiftung von Flüssen und Luft, die ruinöse Ausbeutung von Rohstoffen usw. Bei Marx erscheint die kapitalistisch entwickelte Technologie im Bereich der Landwirtschaft als am wenigsten neutral.

„Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als

dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, 529 f.)

Die Steigerung der Produktivkräfte war für Marx kein Selbstzweck. Sie sollte der Schaffung von möglichst viel freier Zeit dienen, in der die Menschen ihre Fähigkeiten und Anlagen schöpferisch und entwickeln. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist auch deshalb schon jetzt von besonderer Bedeutung.

Eine sozialistische Gesellschaft muss auf überflüssige und schädliche Produktionen und manche mögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität etwa durch energieintensive Produktionsverfahren verzichten. Deswegen ist die Konversion vieler Produktionen – zum Beispiel der Chlorchemie – im Sinne ökologischer Verantwortlichkeit unabdingbar. ■



Karl Marx als Ampelmännchen in Trier.

Foto: Avanti?

Großes Interesse

100 Jahre Novemberrevolution

W. A.

Der Aufstand mutiger Matrosen und ArbeiterInnen Anfang November 1918 bereitete dem Ersten Weltkrieg und der Monarchie in Deutschland ein Ende. Er öffnete für eine kurze Zeit den Weg zu einer friedlichen Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Diesem immer noch unterschätzten historischen Ereignis widmete sich ein spannender Abend am 9. November 2018 - dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution.

Die Organisatoren Cinema Quadrat und Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ wurden von der IG Metall Mannheim (IGM), der IG Bergbau, Chemie, Energie Weinheim und Attac Mannheim unterstützt.

Der Andrang des Publikums war so groß, dass leider nicht alle der rund 120 BesucherInnen des Kinos Platz im Veranstaltungssaal finden konnten.

Klaus Stein, 1. Bevollmächtigter der Mannheimer IGM, betonte in seinem Grußwort nicht nur die notwendige Erinnerung an 1918/19, sondern auch die aktuelle Erfordernis aktiver

Gegenwehr gegen die rechte Bedrohung.

Mit bewegender Musik umrahmte das Kleine Elektronische Welterchester (*ewo*²) – Bernd Köhler (Gesang, Gitarre, Monochord) und Joachim Romeis (Geigen) – das Programm.

Die Mannheimer SchauspielerIn Bettina Franke trug eindrucksvoll ausgewählte zeitgenössische Texte zur deutschen Revolution vor.

Mia Lindemann (Heidelberg) würdigte fundiert mit ihrem Vortrag *Revolutionäre Bewegungen 1918/19 in Mannheim* die damaligen politischen und sozialen Auseinandersetzungen.

Nicht zuletzt kam der durchaus kritisch zu sehende Dokumentarfilm *Matrosen in Berlin* von 1958 zur Vorführung. Er skizziert das tragische Schicksal der revolutionären Volksmarine-division.

Nach Meinung vieler BesucherInnen war das eine sehr gelungene Veranstaltung. Es ist zu wünschen, dass sie zur weiteren Beschäftigung mit der Novemberrevolution und ihren Folgen angeregt hat. ■

Seminar

„Was wurde aus der Novemberrevolution?“

M. G.

„Was wurde aus der Novemberrevolution?“ – mit dieser Fragestellung befasst sich unser iso-Seminar zu den Klassenkämpfen ab 1918. Es findet am Samstag, dem 08. Dezember 2018, um 13:30 Uhr in unserem Mannheimer Büro statt.

Mit der Meuterei der Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel begann Ende Oktober/Anfang November 1918 die bisher bedeutendste deutsche Revolution. Im ganzen Land bildeten sich nicht nur zahlreiche Arbeiter- und Soldatenräte, sondern sogar einige Räterepubliken. Noch 1919 und in den Folgejahren kam es zu heftigsten Auseinandersetzungen mit der Reaktion.

Der Kapitalismus stand vor dem Aus. Doch die Konterrevolution formierte sich schnell und unterdrückte brutal die revolutionäre Bewegung. 5.000 sozialistische ArbeiterInnen, Matrosen und Soldaten fielen

dem blutigen Wüten von Freikorps und Reichswehr unter Führung der Ebert und Noske zum Opfer.

Wer waren die RevolutionärInnen, und warum sind sie gescheitert? Wer waren die Konterrevolutionäre, und wie haben sie dem Faschismus den Weg geebnet? Welche Bedeutung haben die damaligen Ereignisse für die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung – und des Kapitalismus – in Deutschland und anderswo? Was können wir aus dieser Geschichte für heute lernen?

Über diese und andere Fragen möchten wir gerne mit Euch diskutieren. ■

„Revolution!“ in Karlsruhe

Der Besuch einer etwas anderen Ausstellung

O. T.

Am Samstag, dem 03.11.2018, war es wieder soweit. Im Rahmen unserer Reihe „Spurensuche – Aus der Geschichte lernen“, haben mehrere GenossInnen und FreundInnen die Sonderausstellung „Revolution!“ des Badischen Landesmuseums im Karlsruher Schloss besucht.

Diese nicht alltägliche und zwischenzeitlich leider auch schon beendete Ausstellung wollte erinnern und zum Nachdenken anregen. Im Gedenkjahr der badischen Revolution von 1848, des Novembers 1918 und des Mai 1968 sollte sie zu einer Würdigung derjenigen beitragen, die unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Leben für Recht und Demokratie gekämpft haben.

Auf kunstvoll aufgebauten Barrikaden prangten Zitate bekannter RevolutionsführerInnen und DenkerInnen. Die Zusammenschau vieler Revolutionen war strukturiert nach Ursachen, Auslösern, AkteurInnen, Gegenströmungen, Fragen der Gewaltanwendung und den verschiedenen Formen der Erinnerungskultur. Diese Systematik brachte uns durchaus neue Erkenntnisse.

Am Beispiel zahlreicher Revolutions-schauplätze im In- und Ausland wurden auch die Bedeutung und die Folgen von Revolutionen in der Vergangenheit und in der Gegenwart vermittelt. Nachdrucke von Originaldokumenten und Präsentationen von historischen Objekten erhöhten die Anschaulichkeit. Dabei war es nicht Ziel der Ausstellung, einen bestimmten Aufstand entweder im positiven oder im negativen Sinn darzustellen..

Revolution im Liegestuhl?

Ein interaktives Spiel forderte die BesucherInnen heraus. Ziel war es zum einen, das eigene „revolutionäre Potenzial“ auszuloten. Zum anderen konnte bestimmt werden, wie weit das eigene Engagement für politische und soziale Gerechtigkeit reicht.

Liegestühle luden im ersten Raum der Ausstellung zum Verweilen ein. Ein Kurzfilm stimmte auf das revolutionäre Gesche-

hen ein. Auf vorbereiteten Kärtchen wurde mensch anschließend mit der Frage konfrontiert: Was wäre, wenn all die schönen Liegestühle schon belegt wären? Nicht von leibhaftigen Menschen, sondern von Handtüchern, die unmissverständlich eine Inbesitznahme deutlich machen sollten. Was nun? Sind die textilen Platzhalter zu respektieren? Oder sollte mensch sich trauen, doch einen Liegestuhl zu erobern?

Die persönliche „revolutionäre“ Haltung zu dieser Frage konnte von den BesucherInnen mit unterschiedlichen Antwortkärtchen zum Ausdruck gebracht werden. An den verschiedenen Stationen der Ausstellung wiederholte sich das Spiel. Die BesucherInnen sollten auch dort eine der angebotenen Handlungsalternativen aus-

wählen.

Revolutionäre Werte digitalisiert

Am Ende der Ausstellung konnten die gesammelten und eingescannten Antwortkärtchen elektronisch ausgewertet werden. Nicht alle von uns konnten im Ergebnis die für „konsequente“ RevolutionärInnen erforderlichen Werte erreichen. Immerhin war ihnen in diesem Fall milder Spott der anderen sicher.

Unsere anschließend gemeinsam im Schloßcafé gezogene Bilanz dieser „Spurensuche“ war letztendlich positiv. Der Besuch der Ausstellung „Revolution!“ konnte interessante Impulse für ein ernsthaftes Nachdenken über revolutionäres Engagement geben. ■



„Proklamator“ in Karlsruhe zur Verkündung revolutionärer Ideen, 3. November 2018.

Foto: Avanti².

Beeindruckendes Gedenken für Opfer der Naziverbrechen

E. B.

Am 1. November 2018 fand wie in den Vorjahren die traditionelle Gedenkveranstaltung auf dem Heidelberger Bergfriedhof statt. Mit Ansprachen und musikalischen Beiträgen wurde an die vom NS-Regime ermordeten AntifaschistInnen aus Heidelberg und der Region erinnert.

Die sehr berührende Hauptrede hielt Ilona Lagrene vom Vorstand des Verbands Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz. Frau Lagrene erinnerte an die menschenverach-

tende Vernichtungspolitik der Nazi-Diktatur. Angesichts der aktuellen braunen Umtriebe forderte sie die rund einhundert Anwesenden eindringlich auf, niemals zu vergessen, „dass wir uns wehren müssen“.

Für die musikalische Umrahmung sorgten Bernd Köhler und der Mannheimer Chor GEGENWEHR (früher Alstom-Chor). Die VVN-BdA Heidelberg organisierte das Gedenken in Kooperation mit dem DGB. ■



Die Gedenkfeier am 1. November 2018 auf dem Bergfriedhof in Heidelberg.

Foto: Avanti?

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 01.12.2018, 15:00 Uhr, Veranstaltung „Rechte Netzwerke im Kulturbereich“, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 08.12.2018, 13:30 Uhr, ISO-Seminar „1918 – eine Revolution ohne Chance?“, MA
- DO, 13.12.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Soli-komitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 14.12.2018, 19:00 Uhr, Film „Résistance - Unsere Chance“, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 15.12.2018, 17:00 Uhr, ISO- Jahresendfeier, MA

Vorschau Januar

- DI, 15.01.2018, 19:30 Uhr, Film „Rosa Luxemburg“, Cinema Quadrat MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

